

ISOR aktuell

Nr. 5/98 ★ Infopreis: 0,00 DM ★ Spenden willkommen ★ Mai 1998

Mitteilungsblatt
der Initiativegemeinschaft
zum Schutz der sozialen Rechte
ehemaliger Angehöriger
bewaffneter Organe und
der Zollverwaltung der DDR e.V.

Dem Osten eine starke Stimme

Das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden e.V. hat sich mit einem Aufruf zur Bundestagswahl *) an die ostdeutschen Bürgerinnen und Bürger gewandt. Es wird ihnen damit der Vorschlag unterbreitet, die Kandidaten der Parteien zu prüfen, ob sie die im Aufruf dargestellten Interessen zu vertreten gedenken und nur jene zu wählen, die dazu bereit sind.

Das Dokument erinnert daran, wie mit den Bürgern der DDR in der jüngsten Vergangenheit umgegangen wurde, sie keine faire Chance erhielten und zu Bürgern zweiter Klasse degradiert wurden. Der 14 Punkte umfassende Forderungskatalog reicht von der Angleichung der Arbeits- und Lebensbedingungen durch gesetzliche Rahmenvorschriften über die Aufhebung der Berufsverbote, die Schaffung einer Rentengerechtigkeit, der Eigentumsproblematik bis zu Demokratieforderungen.

Bezogen auf das Anliegen von ISOR e.V. wird darin u. a. gefordert:

◆ Die Angleichung der Arbeits- und Eigentumsverhältnisse in Ost und West durch gesetzliche Rahmenvorschriften bis Ende 1999 gemäß der Verpflichtung zur Angleichung der Lebensverhältnisse in Ost und West.

◆ Die Aufhebung aller Berufsverbote für ehemalige DDR-Bürger allein wegen ihrer Loyalität gegenüber der DDR und ihrer Rechtsordnung.

◆ Eine gesetzliche Garantie der Gleichstellung aller in der DDR erworbenen Rentenansprüche sowie Rentenanwartschaften mit in der alten BRD bestehenden, insbesondere die Beseitigung weiter bestehender Strafrenten und des Versorgungsunrechts. Aufhebung der Rentenreform 1999, die nichts anderes als einen weiteren Abbau von sozialen Leistungen bedeutet.

◆ Unvoreingenommene Achtung ostdeutscher Biographien einschließlich der Beendigung der Auskunftserteilung der sogenannten Gauckbehörde sowie das Verbot der weiteren Berücksichtigung früher erteilter Auskünfte bei Einstellungen bzw. der Beendigung bestehender Arbeits- und Berufungsverhältnisse.

◆ Sofortige Beendigung jeder Form der Verfolgung früheren hoheitlichen Handelns in der

DDR im Rahmen ihrer Verfassungs- und Rechtsordnung, einschließlich der Einstellung aller noch laufenden politischen Strafverfahren gegen Ostdeutsche und die Rehabilitierung sowie Entschädigung unschuldig Verurteilter.

◆ Beendigung der Strafverfahren gegen Altbundesbürger wegen früherer Unterstützung der DDR und eine Rehabilitierung bereits Verurteilter.

Der Aufruf endet mit den Worten:

Fast acht Jahre nach der Vereinigung zwingt uns die Entwicklung in der Bundesrepublik, auch weiterhin originäre ostdeutsche Forderungen zu stellen, auch weil der Osten in den Wahlen und Wahlprogrammen der führenden Politiker von CDU, SPD, CSU, F.D.P. sowie von Bündnis 90/Die Grünen kaum vorkommt. Wie soll er da ein Gewicht in einer zu fordernden Neuen Politik haben. Dem Osten eine politische Stimme zu geben, in dieser Verpflichtung sieht sich das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden e.V.

Protest gegen Renten- strafrecht nicht totzuschweigen

Auch nach dem AAÜG-Änderungsgesetz hat der Protest gegen weiter bestehende Elemente des Rentenstrafrechts nicht nachgelassen. Im Gegenteil, er hat sich verstärkt. Viele Proteste vom Rentenstrafrecht nunmehr Befreiter, die ihre Solidarität mit den noch immer Betroffenen bekunden, zahlreiche Proteste gegen die fehlende Nachzahlung jahrelang vorenthaltener Rentenanteile sowie gegen die Beibehaltung der Begrenzung auf 1,0 Entgeltpunkte und die in die Tausende gehenden Beschwerden gegen die unerträgliche 0,7-Entgeltpunktregelung für die ehemaligen Mitarbeiter des MfS/AfNS setzen unübersehbare Zeichen. Allein zu den nicht abreißen Petitionen gegen das Unrecht der 0,7-Entgeltpunktregelung mußte sich der Petitionsausschuß von Dezember 1997 bis April 1998 bereits siebenmal befassen. Zwar wurde jedesmal entschieden, das Petitionsverfahren „abzuschließen“. Aber einfach und mühelos unter den Tisch kehren lassen sich die massenhaften Proteste offensichtlich nicht. Der Umfang des Pro-

Letzte Meldung

Mit Schreiben von Ende April an den Vorstand der ISOR e.V. teilt der Berichterstatter im 1. Senat des Bundesverfassungsgerichtes, Prof. Dr. Steiner, mit, daß der Vizepräsident des BVerfG, Prof. Dr. Papier, für die Teilnahme am Verfahren der verfassungsrechtlichen Prüfung von Rechtsnormen des AAÜG seine Selbstablehnung eingereicht hat. Er wird folglich weder an den Verhandlungen noch an der Entscheidung in diesen Sachen teilnehmen.

Des Weiteren hat der Senat in diesem Verfahren „eine mündliche Verhandlung für Dienstag, den 21. Juli 1998 in Aussicht genommen“. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ist erfahrungsgemäß erst im Herbst zu erwarten.

unverändert und verstärkt. Die Chance des Ostens liegt auch in seiner Solidarität mit denen, die im Westen sozial ausgegrenzt sind. Die Erfurter Erklärung ist das Band der Gemeinsamkeit.

Bürger und Bürgerinnen sind aufgerufen, die Kandidaten zur Bundestagswahl zu prüfen, wie sie die Interessen der Ostdeutschen vertreten.

*) Der volle Wortlaut des Aufrufs kann beim TIG-Vorsitzenden oder bei der ISOR-Geschäftsstelle angefordert werden.

testes muß nun durch den Petitionsausschuß den Abgeordneten des Bundestages zur Kenntnis gebracht werden. So flattern jetzt ungeachtet des bereits mitgeteilten „Petitionsabschlusses“ Mitteilungen ins Haus: „... zum Stand Ihres Petitionsverfahrens teile ich Ihnen mit, daß das Berichterstatterverfahren eingeleitet worden ist. Dies dient der Vorbereitung der Entscheidung des Petitionsausschusses. Über den Beschluß des Deutschen Bundestages werden Sie so bald wie möglich unterrichtet ...“

Dies ist ein Ergebnis des ungebrochenen Widerstandes und sollte weitere Mitglieder, ihre Verwandten und Freunde anregen, ebenfalls zur Feder zu greifen.

Auch wenn in dieser Legislaturperiode keine positiv verändernde Entscheidung zu erwarten ist, muß den Politikern deutlich werden, daß auch der kommende Bundestag mit uns zu rechnen hat. Das sollen vor allem diejenigen persönlich erfahren, die für die Wahl im Herbst kandidieren.

E. B.

Kommt zur bundesweiten Großdemonstration am 20. Juni in Berlin!

Aufstehen für eine andere Politik – Tretet heraus aus der Zuschauerdemokratie

13.00 Uhr: Auftaktkundgebungen: Blücherplatz, Kreuzberg / Parkplatz vor dem Velodrom

(ehem. Werner Seelenbinder-Halle), Prenzlauer Berg / Chausseestraße/Schwartzkopffstraße

15.00 Uhr: Kundgebung auf dem Alex – ab 12.00 Uhr: Vorprogramm

Die Vertreterversammlung hat im Juni 1997 einmütig beschlossen, den Kampf um die Beseitigung des Rentenstrafrechts weiterhin mit Vorrang zu führen. Es geht vor allem um die ungebrochene Solidarität mit den vom Rentenstrafrecht noch immer uneingeschränkt betroffenen ehemaligen Angehörigen des MFS/AFNS. Darüber hinaus geht es um die Beseitigung der noch vor und nach dem 01.01.1997 verbliebenen Begrenzung auf 1,0 Entgeltpunkte.

In Wort und Tat haben die Mitglieder seither eindrucksvoll bekundet, daß sie diesen Beschluß aus eigener Überzeugung tragen.

Aber auch die schon lange anstehende Frage, überlegt und zielstrebig auch für eine angemessene Neuregelung einer Versorgung (über die Rente bis zur Beitragsbemessungsgrenze hinausgehend) einzutreten, bewegte die Vertreterversammlung.

Die Neuberechnung der Renten nach der Beseitigung des Rentenstrafrechts für ehemalige Angehörige der NVA, GT, ZV, DVP, F, des SV und der Zollverwaltung war Anlaß, mit ersten Schritten durch Widersprüche und Klagen sich diesem Ziel auch auf dem Rechtsweg zu nähern. Dabei war immer klar, daß, anders als im Kampf gegen das Rentenstrafrecht, die Schritte auf dem Rechtsweg nur die auf politischem Gebiet zu entwickelnden Aktivitäten begleiten können. Wir haben deshalb vorrangig die Initiative der PDS unterstützt, mit dem Thema erstmals im Herbst 1997 den Bundestag zu konfrontieren. Niemand war überrascht über den Verlauf der im altbundesdeutschen Stil geführten Debatte. Aber eines war erreicht: Es blieb öffentlich ausgesprochen, daß die so oft beschworene Herstellung gleicher Lebensverhältnisse im Osten wie im Westen schließlich auch Gleichheit im Versorgungsrecht bringen muß.

Das Bundessozialgericht hatte bekanntlich in einem Beschluß das Ende der sogenannten Übergangszeit mit dem 31. 12. 1996 bestimmt. Nun mußte es über das zunächst von früheren Hochschullehrern der DDR vorgetragene Anliegen entscheiden, über die Überführung der Ansprüche aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen in die Rentenversicherung hinaus auch die Zahlung zusätzlicher Versorgungsleistungen neu zu regeln. Diese Entscheidung ist gefallen. Das Bundessozialgericht hat die alleinige Überführung der Ansprüche aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen in die Rentenversicherung (sogenannte Systementscheidung) für verfassungsgemäß erklärt. Für die Beantwortung dieser Frage ist jedoch allein das Bundesverfassungsgericht zuständig.

Deshalb wurde Verfassungsbeschwerde eingelegt.

Nach sorgfältiger Abwägung des nach der Entscheidung des Bundessozialgerichts erreichten Standes auf dem Rechtsweg gegen das Rentenstrafrecht und zur Neuregelung von Versorgungsansprüchen hat Prof. Dr. Azzola den Anwälten Bleiberg und Schippert empfohlen, die unter dem Stichwort Höherversicherung laufenden Verfahren vorerst zum Ruhen zu bringen. Es sollten jetzt vor allem die angekündigten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts abgewartet werden.

Der Vorstand unterstützt

Beseitigung des Rentenstrafrechts hat Vorrang

die Empfehlung von Prof. Dr. Azzola und rät den Mitgliedern, die ohne anwaltliche Unterstützung Widerspruch oder Klage führen, umgehend das Ruhen des Verfahrens anzustreben.*)

Sollten Probleme auftreten, das Ruhen des Verfahrens zu erreichen, sind die Anwälte zur Unterstützung bereit. Auch in den von den Anwälten geführten Musterverfahren wird jetzt erst einmal das Ruhen des Verfahrens beantragt.

Prof. Dr. Azzola hat seine Empfehlung im wesentlichen wie folgt formuliert:

„Auf der letzten Vertreterversammlung der ISOR habe ich erklärt, daß die Ersetzung von in der DDR erworbenen Versorgungsansprüchen ausschließlich durch Leistungen der gesetzlichen Rentenpflichtversicherung eine politisch unerträgliche Diskriminierung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes der DDR darstelle. Ich habe des weiteren darauf hingewiesen, daß diese Diskriminierung zu gegebener Zeit nicht nur politisch, sondern auch rechtlich anzugreifen sei. An dieser Auffassung halte ich unverändert fest.

Allerdings habe ich als die derzeit wichtigste Aufgabe von ISOR den Kampf um die Beseitigung des Rentenstrafrechts bezeichnet. Hier auf sollte sich ISOR konzentrieren und alles unterlassen, was geeignet sein könnte, diesen Kampf auch nur zu relativieren. Diese meine Auffassung hat die einhellige Zustimmung der Vertreterversammlung gefunden, und auch an ihr halte ich unverändert fest.

Deshalb rate ich dringend davon ab, die Frage der versorgungsrechtlichen Berücksichtigung von in der DDR geleisteten Beitragszahlungen für die Versicherungspflichtgrenze des SGB VI überschreitende Einkommensanteile der Angehörigen der Sonderversorgungs-

systeme derzeit dem BSG zur Entscheidung vorzulegen.

Die Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Rentenstrafrecht steht noch aus; sie wird vermutlich kurz nach der Bundestagswahl ergehen. Diese Entscheidung müssen wir abwarten, und wir müssen es vermeiden, diese rentenversicherungsrechtliche Entscheidung mit versorgungsrechtlichen Problemen zu verknüpfen. Auch kennen wir seit Neuestem die strikt abweisende Rechts-

auffassung des 4. Senats des Bundessozialgerichts zu den Versorgungsansprüchen von Wissenschaftlern. Es ist klar, daß dieser Senat seine für uns ungünstige Rechtsauf-

fassung nicht binnen kürzester Zeit zu Gunsten der Angehörigen der Sonderversorgungssysteme ändern wird. Hinzu kommt folgendes: Zur Zeit werden beamtenrechtlich den aus dem öffentlichen Dienst der DDR übernommenen Personen (z. B. Soldaten, Polizisten, Richter, Staatsanwälte, Lehrer usw.) die im öffentlichen Dienst der DDR geleisteten Zeiten besoldungsrechtlich im unterschiedlichen Maße als Vordienstzeit anerkannt. Dies gilt sowohl für die Beamten des Bundes als auch für die Beamten der Neuen Bundesländer. Die massive besoldungsrechtliche Benachteiligung dieser Personen liegt auf der Hand und wird sich auch im Versorgungsrecht negativ auswirken, insbesondere wegen der Kürzungsvorschriften beim Zusammentreffen von versorgungs- und rentenversicherungsrechtlichen Ansprüchen. Insoweit müßte es neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein vorrangiges politisches Ziel der PDS sein, überall dort, wo sie ein politisches Mitspracherecht aufgrund geänderter Mehrheitsverhältnisse erlangt, gesetzliche Verbesserungen – ggf. schrittweise – durchzusetzen. Sollte dies gelingen, werden wir mit weit mehr Aussicht auf Erfolg als zur Zeit die Frage einer ergänzenden beamtenrechtlichen Versorgung auch für diejenigen Angehörigen der Sonderversorgungssysteme der DDR rechtlich vertreten können, die, sei es altersbedingt oder aus anderen Gründen, nach dem 03. 10. 1990 nicht in den öffentlichen Dienst übernommen wurden.

Zur Zeit können wir uns nur auf das Argument der systemwidrigen Nivellierung der Altersversorgung berufen. Das reicht aber nach der Rechtsauffassung des Bundesverfassungsgerichts nicht aus, um mit Aussicht auf Erfolg die Verletzung des verfassungsrechtlichen Gleichheitssatzes zu rügen. Deshalb empfehle ich, Verfahren zur dieser Rechtsfrage zunächst zum Ruhen zu bringen.“

*) Den TIG gehen umgehend Muster für entsprechende Schreiben zu.

„Eingehüllt in die Toga der Gerechtigkeit ...“

Zum Urteil über die Führung des Grenzkommandos Mitte äußerten sich 38 ehemalige Offiziere der Grenztruppen und anderer bewaffneter Organe der DDR aus dem Raum Königs Wusterhausen/Bestensee in einer Protesterklärung, deren Text wir nachstehend in gekürzter Fassung wiedergeben:

Am 26. März 1998 sprach der Vorsitzende der 31. Strafkammer des Landgerichts Berlin das Urteil gegen die Führung des Grenzkommandos Mitte. Mit fünf Jahren Freiheitsstrafe für den Kommandeur, Generalmajor a. D. Erich Wöllner, und bis zu drei Jahren und drei Monaten für drei seiner Stellvertreter entschied dieses „unabhängige“ Gericht wider Recht und Gesetz in völliger Übereinstimmung mit dem politisch motivierten Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 12. 11. 96. Unerträglich ist vor allem die Gleichsetzung der DDR mit den KZ der Nazizeit in der Urteilsbegründung.

Wir, die Unterzeichner dieser Erklärung, protestieren gegen das Urteil. Weder die hier Verurteilten noch andere verurteilte oder verfolgte Grenzer der DDR haben gegen geltendes Recht verstoßen. In keinem der bisherigen Prozesse konnte das bewiesen werden. Wie auch Soldaten anderswo in der Welt, dienten sie ihrem Staat getreu der Verfassung, dem Fahneid sowie nach den Gesetzen und Vorschriften.

Wir fühlen uns wegen solcher Urteile zutiefst persönlich betroffen und fordern deshalb, endlich diese Verfolgung zu beenden. Sie ist Vergeltung, eingehüllt in die Toga der Gerechtigkeit, wie Egon Bahr es in diesem Zusammenhang nannte.

Brief aus dem Gefängnis

Meine Ehefrau überbrachte mir heute Euer Schreiben sowie die beiliegenden Aufmerksamkeiten. Ich habe mich sehr darüber gefreut und möchte mich auf diesem Weg ganz herzlich dafür bedanken.

Ja, es war schon eine Riesensauerei, mir Euer Weihnachtspäckchen mit der Begründung abzulehnen, es hätte von mir kein Antrag auf Empfang eines Päckchens vorgelegen. Auf meine Frage, wo denn so etwas festgelegt sei, wurde mir geantwortet, in der Postordnung der JVA. Mein Protest zu dieser Willkürmaßnahme hatte wenig Erfolg. Die Kette der Ungerechtigkeiten, der Demütigung und Erniedrigung wird eben auch im Knast von einigen Beamten weiter fortgesetzt ...

Mit großem Interesse habe ich Euer Mitteilungsblatt ISOR aktuell gelesen und mich über Eure Aktivitäten im Ringen um Gerechtigkeit im Rentenrecht und Solidarität mit den

durch das politische Strafrecht Inhaftierten gefreut. Es tut immer wieder gut zu wissen, daß es Menschen gibt, die den Glauben an eine gerechte Welt noch nicht ganz verloren haben. Das macht Hoffnung und gibt Kraft, das uns zugefügte Unrecht mit Würde zu ertragen.

Ich wünsche Euch und Eurem gerechten Kampf für Gerechtigkeit und mehr Menschlichkeit alles erdenklich Gute und viel Erfolg.

Mit solidarischen Gruß

Heinz-Ottomar Thieme

Zitat des Monats

Das Allerwichtigste bleibt,
der Würde des Einzelnen nicht
zu nahe zu treten.

Das hat meine Generation
erst allmählich
und noch nicht
ausreichend gelernt.

Richard von Weizsäcker
vor Studenten
der Humboldt-Universität

Solidarität mit politischen Gefangenen

Der Vorstand von ISOR e.V. hat Inhaftierten anlässlich des 1. Mai Solidaritätsgrüße, verbunden mit kleinen Aufmerksamkeiten, übersandt.

Die Empfänger der Solidaritätsgrüße haben umgehend, teils telefonisch, teils schriftlich mit bewegenden Worten dafür gedankt.

Karl Leonhardt schreibt u. a.:

Der Kampf um Recht und Gerechtigkeit sowie gegen die zunehmenden Aktivitäten neofaschistischer und ausländerfeindlicher Kräfte erfordert große Anstrengungen und sicher einen langen Atem.

Wir sind gut beraten, wenn wir die weitere gesellschaftliche Entwicklung sehr aufmerksam verfolgen und alles in unseren Kräften Stehende tun, um breite Kreise unserer Bevölkerung über das tatsächliche Geschehen zu informieren, vorhandene Illusionen über den Rechtsstaat zu über-

winden und weitere Mitstreiter zu gewinnen.

Heinz Keßler schreibt: Ich erwidere diese Kampfesgrüße mit dem Versprechen, gleich Euch auch künftig meine antifaschistische Pflicht zu erfüllen.

★

Mitglieder aus Prora, TIG Rügen übermitteln den von der Siegerjustiz Inhaftierten solidarische Grüße. Als Zeichen ihrer Verbundenheit übersandten sie dem ISOR-Vorstand Broschüren über das NVA-Museum Prora, die dem Solidaritätsgruß beigelegt wurden.

★

Die Mitgliederversammlung der TIG Halberstadt hatte die Stärkung der Solidarität, insbesondere mit den zur Zeit Inhaftierten der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR, und die weitere Stärkung der TIG in den Mittelpunkt ihrer Beratung gestellt.

Der Vorstand wurde von der Mitgliederversammlung beauftragt, zu allen Geburtstagen der in ISOR aktuell Nr. 2/98 Genannten Geburtstagsgrüße in persönlich gehaltenen solidarischen Schreiben zu senden.

Die TIG erklärte, daß alle Inhaftierten ihrer Solidarität gewiß sein können und bekräftigte, daß sie im Kampf um die Gerechtigkeit für alle ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR keine Ruhe aufkommen lassen wird. Sie will dazu die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen aktiv nutzen.

Weiter informiert die TIG: „Wir haben uns in Halberstadt mit anderen Vereinen zusammengeschlossen. Es gibt ein einheitliches Handeln zwischen der TIG Halberstadt mit dem Bund der Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen (BRH) und der territorialen Gruppe der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM) sowie der Gesellschaft für rechtliche und humanitäre Hilfe (GRH).“

Periodisch werden demnächst Beratungen zu unserer gemeinsamen territorialen Arbeit stattfinden und zukünftige einheitliche Maßnahmen beraten.“

Nur 250 DM...

...reichen für die dreiwöchige Kur eines Tschernobyl-Kindes in nichtverstrahlten Gebieten seiner Heimat.

Spendenkonto:
4385 2050 00 bei der
Berliner Bank AG
BLZ 100 200 00



SODI Solidaritätsdienst-international e. V. (SODI)
Grevesmühlener Str. 16
13059 Berlin
Tel.: (030) 928 6047
Fax: (030) 928 6003

TIG in Kürze

Am 14. April haben sich in Mühlhausen 30 Freunde zusammengefunden und eine TIG gegründet. Den Vorsitz hat der Freund Werner Winkler übernommen.

Herzlichen Glückwunsch!

★

Die ISOR-Mitglieder in Barth, Bergen, Grimmen, Stralsund und Wolgast berieten ihre Aufgaben in Umsetzung der gemeinsamen Beratung des Vorstandes und des Beirates vom 21. März. Einmütig werden weitere politische Aktivitäten, wie die Fortführung der Brief- bzw. Petitionsbewegung, die Teilnahme am Massenprotest am 20. Juni in Berlin sowie die Realisierung des Spendenaufrufs als vorrangig betrachtet, ebenso Aussprachen mit Abgeordneten und Kandidaten in Versammlungen und Foren.

Jede TIG wird am 20. Juni in Berlin vertreten sein, um unseren Forderungen landesweit Nachdruck zu verleihen und Solidarität zu bekunden.

Dr. Dietrich Richter

★

Die TIG Klingenthal/Auerbach/Reichenbach hat dem Aufruf zur Teilnahme an der Großdemonstration am 20. Juni in Berlin zugestimmt und eine Reisekoordinierung im Bereich Chemnitz angeregt, um die Reisekosten zu minimieren.

★

Der Vorstand der TIG Stendal hat im März 1998 im Auftrag seiner 55 Mitglieder eine Beschwerde auf der Grundlage der Resolution 1503 an die UNO-Menschenrechtskommission gerichtet. Unter Hinweis auf Verletzungen des Einigungsvertrages und der Wertneutralität des Rentenversicherungsrechtes wird die UNO-Menschenrechtskommission ersucht, „in geeigneter Form auf die Regierung der Bundesrepublik Deutschland einzuwirken, um zu erreichen, daß die durch das Rentenstrafrecht vorhandene Verletzung von Menschenrechten beseitigt wird.“

★

Die TIG Wittenberge/Perleberg übermittelte folgenden Bericht:

Auf der Grundlage der durchgeführten Aktion „Petitionen der Mitglieder unserer TIG an die Petitionsausschüsse des Landtages Brandenburg und des Bundestages“ in den Monaten Oktober/November 1997 wurden in unserer Mitgliederversammlung im Dezember 1997 weitere Maßnahmen im Kampf gegen das Rentenstrafrecht beschlossen.

Ab Monat Januar bis zum gegenwärtigen Zeit-

punkt hat fast jedes Mitglied unserer TIG Briefe an Politiker aller Fraktionen im Bundestag, des Bundesrates, des Landtages sowie an Einzelpersonen aller Parteien geschrieben, um deutlich zu machen, daß im achten Jahr der deutschen Einheit endlich mit dem Rentenstrafrecht Schluß gemacht werden muß.

Insbesondere wurde darauf eingegangen, daß die diesbezüglichen nationalen Gesetze sowie das Grundgesetz und die internationalen Abkommen wie 2+4-Vertrag und die Menschenrechte eingehalten werden müssen.

Im Ergebnis der umfassenden Briefaktionen hat die TIG die Antworten zusammengefaßt und festgestellt:

1. Der Petitionsausschuß des Landtages leitet die Petitionen an den Petitionsausschuß des Bundestages weiter.
2. Der Petitionsausschuß des Bundestages hat zum Teil auf Petitionen nicht geantwortet. Teilweise wurde ein „Abschlußbericht“ übersandt.
3. Die Mitglieder der CDU-Fraktion nehmen grundsätzlich ablehnende Haltung zur Beendigung des Rentenstrafrechtes ein, begründen dies mit dem Beitrag der Betroffenen für die Stärkung und Festigung der DDR, dem Bezug „überhöhter“ Renten und berufen sich dabei auf Beschlüsse der Volkskammer. Sie führen diese Fakten bereits seit 1992 an.
4. Die Fraktion der SPD und weitere Mitglieder führen an, daß sie bis 1996 einiges getan haben, um das Rentenstrafrecht zu beenden. Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse der Regierungskoalition im Bundestag konnte das Ziel der SPD nur teilweise erreicht werden. Im Antwortschreiben des Präsidenten des Bundesrates und jetzigen Kanzlerkandidaten, Herrn Schröder, kommt jedoch eine ähnliche Haltung wie die der Regierung zum Ausdruck, wozu die Mitglieder unserer TIG ihre Empörung gegenüber Herrn Schröder zum Ausdruck bringen.
5. Die PDS wird sich weiterhin dafür einsetzen und konsequent ihre Haltung zum Ausdruck bringen, um das Rentenstrafrecht zu beenden.
6. Weitere Schreiben wurden an internationale Menschenrechtskommissionen gesandt. Im Ergebnis dieser umfassenden Aktionen werden in den kommenden Monaten weitere Maßnahmen auf dieser Grundlage durchgeführt.

Heinz Bleß

★

Die TIG Berlin-Friedrichshain arbeitet seit Jahren im Bezirk mit anderen Senioren- und

Sozialverbänden im „Runden Tisch Senioren“ zusammen. Dieser wird vom Komitee für Gerechtigkeit im Bezirk organisiert und erfährt auch Unterstützung vom Sozialausschuß der Bezirksverordnetenversammlung.

Ziele des „Runden Tisches Senioren“ bestehen in der Verbesserung der Lebensbedingungen für ältere Menschen, dem Erreichen sozialer Gerechtigkeit, dem Kampf gegen Sozialabbau, besonders im Gesundheitswesen, im Rentenrecht, im öffentlichen Personennahverkehr und anderen Lebensbereichen.

Der „Runde Tisch Senioren“ organisiert regelmäßig öffentliche Rentenforen, zu denen Vertreter der GBM und der Bundestagsgruppe der PDS über aktuelle Entwicklungen des Rentenrechts, vom Gesetzgeber geplanten weiteren Sozialabbau und notwendige Aufgaben zu seiner Verhinderung informieren.

Alle am „Runden Tisch Senioren“ vertretenen Verbände und Organisationen unterstützen solidarisch die Forderungen von ISOR zur restlosen Beseitigung des Rentenstrafrechtes, was vor allem auch in den von diesen Foren beschlossenen Willenserklärungen zum Ausdruck kommt. So haben die Teilnehmer des 7. Rentenforums am 10. 03. 1998 in einer Willenserklärung einstimmig folgende vier Forderungen aufgestellt:

1. Die Rücknahme der unsozialen Maßnahmen des beschlossenen Rentenreformgesetzes und die Verabschiedung einer sozial gerechten Rentenreform durch den 14. Deutschen Bundestag unter Beteiligung der Betroffenen.
2. Anerkennung aller in der DDR rechtmäßig erworbenen Ansprüche und Anwartschaften sowie vollständige Abschaffung aller noch bestehenden Teile des Rentenstrafrechtes nach dem AAÜG, unverzügliche Nachzahlung der durch willkürliche Renten kürzung einbehaltenen Rentenbezüge.
3. Schrittweise Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse in Deutschland und baldige Rentenangleichung Ost an West.
4. Erschließung neuer Finanzquellen zur Sicherung der Renten durch Ausweitung der Versicherungspflicht für jeden Erwerbstätigen, Versicherung jeder Arbeitsstunde und Neuregelung des Unternehmeranteils an der Rentenversicherung.

Diese Willenserklärung wurde dem Deutschen Bundestag, dem Berliner Abgeordnetenhaus, Parteien, Verbänden und Behörden auf Bundes- und Landesebene übermittelt.

In den am „Runden Tisch Senioren“ beteiligten Sozialeinrichtungen finden auch viele

Fortsetzung auf Seite 5

ISOR-Mitglieder, insbesondere solche, die heute noch unter niedrigen Strafrenten zu leiden haben, persönliche Hilfe und Unterstützung. Dazu stehen ihnen auch die vorhandenen Begegnungsstätten dieser Einrichtungen im Bezirk offen. Die TIG unterstützt ihrerseits solidarisch auch die Anliegen der anderen Verbände gegen fortschreitenden Sozialabbau und zur Herstellung gerechter Lebensverhältnisse.

Aus aktuellem Anlaß betont der TIG-Vorstand, daß sich die Mitglieder unserer TIG wiederholt gegen die fortdauernde juristische Verfolgung von Hoheitsträgern und anderen Personen wegen ihrer legitimen Tätigkeit in der DDR ausgesprochen haben. Deshalb unterstützen wir nachhaltig die von ehemaligen DDR-Parteienvertretern zu dieser Problematik abgegebene Erklärung mit der Forderung nach endgültiger Einstellung dieser Diskriminierungen.

Hartmut Sänger

★

Der Vorstand der TIG Plauen informierte die Mitglieder der TIG über bedeutsame Ereignisse der Region Vogtland. So u. a. über Aktivitäten der Gewerkschaft zum Bündnis gegen Arbeitslosigkeit und monatliche Donnerstagsdemonstrationen unter dem Motto „Wir wollen Arbeit“. Er begrüßt die solidarische Teilnahme von ISOR Mitgliedern an der Märzdemo und ruft zur weiteren Solidarität auf.

Weiter werden die Mitglieder über Vorhaben in der Vereinsarbeit, wie z. B. eine Wanderung und eine Busfahrt ins Elbsandsteingebirge, informiert.

Die TIG kann auch im Mitgliederzuwachs eine positive Bilanz ziehen. Zwei Austritten stehen neun Neuaufnahmen gegenüber.

Aus dem Vereinsleben

Rekordbesuch hatte ein von der TIG Strausberg veranstaltetes Podiumsgespräch, dessen prominenter Gast der langjährige Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung im ehemaligen MfS, Generaloberst a. D. Markus Wolf, war, der mit großem Beifall begrüßt wurde.

Einleitend las er aus seinem seit dem Erscheinen in Ost und West vielgestaltig diskutierten

Buch „Spionagechef im geheimen Krieg“ von ihm ausgewählte Passagen, die, wie er sagte, für ihn von besonderer Wichtigkeit sind.

Er lenkte die Aufmerksamkeit unserer Mitglieder und der zahlreich erschienenen Gäste, unter denen sich viele ehemalige Funktionsträger aus den bewaffneten Organen der DDR befanden, vor allem auf die Notwendigkeit der Anerkennung von Realitäten als Grundlage jeder vernünftigen Politik. Dazu gehört, daß die eigene Position und das eigene Vermögen, etwas zu bewegen, exakt bestimmt

Die TIG Berlin-Marzahn hat sich seit 1991 kontinuierlich entwickelt und möchte nun ihre Arbeit weiter beleben und die Gemeinschaft noch mehr festigen. Deshalb organisiert der Vorstand der TIG Berlin-Marzahn in Zusammenarbeit mit einem örtlichen Reisebüro eine **Herbstfahrt** nach Pec pod Snezkou (Riesengebirge) vom 29. August - 4. September 1998, mit einem modernen Reisebus; und übernachtet wird im Hotel „Horizont“.

★

Die TIG Hoyerswerda hat für das Jahr 1998 vielseitige Veranstaltungen vorgesehen. So ein Informationsgespräch mit Horst Parton, eine Fahrradtour, eine Besichtigung des neuen Kraftwerks Schwarze Pumpe, eine Exkursion zum Bergbaumuseum Knappenrode, eine Busfahrt in die Tschechische Republik und eine Buchbesprechung mit Heinz-Florian Oertel. Darüber hinaus sind Wanderungen und der Besuch des 750jährigen Zisterzienserinnenklosters St. Marienstern geplant.

★

Eine gelungene Veranstaltung der TIG Berlin-Friedrichsfelde/Karlshorst

Eine erste von mehreren vorgesehenen Informationsveranstaltungen bestätigte das große Interesse der Mitglieder und ISOR-Sympathisanten an einem Informations- und Gedankenaustausch zu den uns bewegenden Fragen.

Der übereinstimmende Tenor aller Anwesenden war, die Solidarität zu pflegen und den Kampf zur vollständigen und endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts noch entschlossener zu führen.

Viele Freunde bekundeten unmittelbar ihre Bereitschaft, mit Petitionsschreiben oder durch die

Teilnahme an der großen Demonstration zum 20. Juni in Berlin dabei zu sein. Sie wollen mit jüngeren betroffenen Freunden sprechen und sie für die ISOR-Mitgliedschaft gewinnen.

Eines wurde klar, der Wunsch nach einem vielseitigen Vereinsleben ist groß.

Hier werden nicht nur Erfahrungen und Erkenntnisse vermittelt, sondern auch Zuversicht und Optimismus aufgebaut.

Heinz Lestin

★

Solidarität braucht jeden (siehe ISOR aktuell 3/98, Seite 3)
Eine Information unseres Freundes Karl-Heinz Reinhardt, TIG Leipzig, über das Rentenstrafrecht für ehemalige DDR-Bürger veranlaßte die Moskauer Kriegsveteranen zu solidarischem Protest beim UNO-Zentrum für Menschenrechte

RAT DER VETERANEN
DER ZWEITEN UKRAINISCHEN STEPPENFRONT UND
DER TRANSBAIKALISCHEN FRONT

UNO-Zentrum für Menschenrechte
Palais der Nationen
CH - 1211 Genf - 10

Die Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges der Stadt Moskau unterstützen die engen Verbindungen mit den Antifaschisten Deutschlands, mit denen sie gemeinsam gekämpft und Blut gegen „die braune Pest“ des Faschismus vergossen haben.

Die Veteranen des Großen Vaterländischen Krieges sind empört über die Willkür der Behörden des vereinten Deutschlands, die sich an ihren ehemaligen politischen Gegnern grausam rächen, dabei aber elementare Menschenrechte verletzen.
Die Einwohner der Stadt Moskau und alle russischen Bürger unterstützen die rechtmäßigen Forderungen der ehemaligen Mitarbeiter des MIS der DDR und hoffen, daß das Zentrum für Menschenrechte in der UNO die ungesetzlichen Handlungen der Regierung des vereinten Deutschlands verurteilen und alles Mögliche unternehmen wird, um die vorhandene Ungerechtigkeit zu beseitigen.

Mit Hochachtung
Vorsitzender des Präsidiums
des Rates der Veteranen der
2. Ukrainischen Steppenfront
und der Transbaikalischen
Front
Generaloberst P. I. Sysojew

Stellv. des Vorsitzenden
Generalleutnant N. M. Machotkin
Sekretär
Mitglied des Schriftstellerverbandes
der russischen Föderation
I. A. Miljawski

werden sollten. Zuerst sollte man prüfen, ob man Subjekt oder Objekt des Handelns ist.

Nicht Schuldzu- oder -abweisungen bestimmen den Inhalt des Gespräches. Bestimmend waren die Erkenntnisse, daß die ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR ihren ganz speziellen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in Europa leisteten und aus dieser Gemeinsamkeit heute Schlußfolgerungen aus Fehlern ziehen, um den Kampf für eine gerechte Republik erfolgreich führen zu können.

★

Der Vorstand dankt allen Spendern, die mit ihrer Zuwendung das Wirken der ISOR im Kampf um Rentengerechtigkeit und Beseitigung des Rentenstrafrechts unterstützen.

Bei anderen gelesen

Einer Meldung aus Genf zufolge, die ND am 18./19. April veröffentlichte, **haben die 53 Staaten der UNO-Menschenrechtskommission ihre Verpflichtung auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 erneuert.** In einer am Freitag in Genf einmütig verabschiedeten Resolution heißt es, die grundlegenden politischen, wirtschaftlichen, sozialen, bürgerlichen und kulturellen Menschenrechte sowie das Recht auf Entwicklung müßten besser geschützt werden. Diese Rechte seien „universell, unteilbar und miteinander verbunden“ und müßten alle mit gleichem Nachdruck gefördert werden. Zugleich beklagt die Kommission, daß die Menschenrechte und grundlegenden Freiheiten überall auf der Welt verletzt würden. Die Resolution war von Deutschland, Südafrika und Polen eingebracht worden.

Lesenswert

Im Verlag Edition Ost (Rote Reihe) erschien 1997 „Headquarters Germany“ von Klaus Eichner und Dr. Andreas Dobbert (ISBN 3-929161-77-X), Preis: 24,80 DM.

Die Autoren beschreiben USA-Geheimdienste in Deutschland in ihrer historischen Entwicklung, ihren Strukturen und ihren Mitteln und Methoden vom Ende des heißen bis zum Ende des kalten Krieges.

Sie vermitteln dem Leser Erkenntnisse über die Tätigkeit der USA-Geheimdienste auf dem Boden beider deutscher Staaten und ebenso über Gegenspionage und Spionageabwehr zur Aufklärung und Paralyse der Aktivitäten der amerikanischen Geheimdienste und leisten damit einen Beitrag, geheimdienstliches Wirken transparent zu machen.

Interessierten Vereinsfreunden sei das Buch als Sachbuch empfohlen. Darüber hinaus kann es wegen seiner nüchternen Darstellung auch gegen die einseitige politische Betrachtung der DDR wirken.

Ich wünsche ihm wie auch anderen Publikationen aus dieser Reihe zum MfS-Thema weite Verbreitung und interessierte Kenntnisnahme.

Peter Wittum

Der Vorstand teilt mit:

Die Vorstandssitzung am 29. April beschäftigte sich mit folgenden Themen:

- Problematik der Höherversicherung. Dazu

wurde die Information in **ISOR aktuell** Nr. 5/98, Seite 2, bestätigt.

- Stand der Vorbereitung der bundesweiten Großdemonstration am 20. Juni. (Den TIG-Vorsitzenden sind dazu bereits zwei Briefe zugegangen.)
- Teilnahme von ISOR-Vertretern an der Delegiertenkonferenz der GBM und am Ostdeutschen Kongreß im Mai 1998 zum Thema „Zur Lage in den neuen Ländern“.
- Aufgaben und Maßnahmen nach einer zugesagten Entscheidung des BVerfG zum Rentenstrafrecht. Dazu wird eine Arbeitsgruppe gebildet.
- Kenntnisnahme der Austrittserklärung des bisherigen Beiratsmitgliedes Rudolf Winterfeld.



Auf Einladung des Geschäftsführers Bernhard Elsner fand unter Teilnahme des Vorstandsmitglieds Bernhard Geier im April eine Beratung mit ISOR-Freundinnen statt, um die eventuelle Bildung einer Arbeitsgruppe Frauen beim Vorstand zu prüfen. Im Ergebnis der Beratung ergab sich mehrheitlich die Auffassung, daß dafür keine besondere Notwendigkeit bestehe. Es würde aber als gut angesehen, den Weg der Beratung mit geladenen ISOR-Freundinnen 2-3 Mal im Jahr fortzusetzen und dazu nicht nur Freundinnen aus Berliner TIG einzuladen. Zugleich regten die Freundinnen (von denen ein Großteil Kassiererinnen/Betreuerinnen sind) an, daß die TIG-Vorsitzenden in regelmäßigen Abständen Beratungen mit den Kassierern/Betreuern durchführen sollten, damit diese ständig aktuell unterrichtet sind. Sie könnten dadurch zugleich ihre Erfahrungen schneller in die Vorstandsarbeit einbringen könnten.

Zur Vermittlung von Erfahrungen in der Mitglieder-Betreuung und der Entwicklung interessanter Formen des Vereinslebens sollte noch stärker die **ISOR aktuell** genutzt werden.

Bitte beachten!

Änderung der Sprechstunden der AG
Recht beim Vorstand der ISOR e.V.

Neu: Dienstag 9 bis 13 Uhr
Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Von Mitglied zu Mitglied

Zu den schönsten Urlaubszielen der Welt
„Preiswert reisen“
Info anfordern: Tel./Fax: 030-9207433



Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder

REINHARD BAHL, Ludwigslust
HEINZ BERGNER, Leipzig
REINHOLD CHMELIK, Jena
RUDOLF EUFE, Berlin-Mitte
RUTH FÖRSTER, Dresden
DORA FRITZSCHE, Dresden
RAINER FUNKE, Aschersleben
JOACHIM GEBHARDT, Berlin-Marzahn
GERHARD GOLDE, Berlin-Lichtenberg
WERNER GRÖLLICH, Bln.-Friedrichsfelde
SIEGMAR GRUMBD, Frankfurt/Oder
HUBERT GÜLZOW, Güstrow
HORST HERTWIG, Erfurt
MR DR. JÜRGEN HEUER, Prohn
GERHARD HÖRICH, Leipzig
HORST HOFMANN, Berlin-Mitte
DR. RUDOLF HOFMANN, Berlin-Friedrichshain
HILDEGARD JÜNGLING, Jena
HERBERT LIPPMANN, Olbernhau
KARL MUSLOW, Ludwigslust
BARBARA PÜSCHMANN, Bln.-Wilhelmshagen
KLAUS REINICKE, Erfurt
WILLI RICHTER, Chemnitz
HEINZ RÖSTEL, Leipzig
EWARD SAB, Bützow
STEFAN SCHÜRER, Halle
HEINZ-JÜRGEN SCHULZ, Stralsund
GERD STORM, Eilenburg
ANNI TOBISCH, Bad Salzung
WOLFGANG UHLIG, Schlemma
WOLFGANG WEISE, Wolfen
REGINA WOLF, Potsdam-Stern

Ehre ihrem Andenken.

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Bankverbindung: Berliner Sparkasse
Konto-Nr.: 171 302 0056, BLZ: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:

Franz-Mehring-Platz 1 - 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 -Sekretariat

29 78 43 16 -Geschäftsführer

29 78 43 17 -AG Finanzen

29 78 43 18 - Öffentlichkeitsarbeit

„ISOR aktuell“

29 78 43 19 -AG Recht

Fax: (030) 29 78 43 16

Post: ISOR e.V. - Postfach 700423 - 10324 Berlin

Sprechstunden:

Dienstag 9 bis 13 Uhr

Donnerstag 16 bis 19 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden

V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Werner Wunderlich

o/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Druck: Druckerei Paulick, 10405 Berlin

Nicht wegwerfen! – Weitergeben! ★ ★ ★ Nicht wegwerfen! – Weitergeben!